

Gemeinsame Forderungen in die Öffentlichkeit transportiert

KZVB und KVB zu Gast beim Münchner Merkur

Die enge Zusammenarbeit von Kassenärztlicher und Kassenzahnärztlicher Vereinigung (KVB und KZVB) zahlt sich aus. Ende November wurden die Vorsitzenden der beiden Körperschaften, Dr. Wolfgang Krombholz und Christian Berger, vom Münchner Merkur (MM) zu einem Redaktionsbesuch eingeladen.

Vor der berühmten Wand im Konferenzraum des Merkur im Pressehaus an der Bayerstraße saßen schon Regierungschefs, etliche Bundes- und Landesminister sowie viele andere Prominente. Am 19. November drehte sich jedoch alles um die Heilberufe. Die Redakteure Sebastian Horsch und Katrin Woitsch nahmen sich über eine Stunde Zeit, um zu erfahren, was sich die „Leistungserbringer“ von einer zukunftsgerichteten Gesundheitspolitik erwarten. Das Themenspektrum reichte von der Digitalisierung, dem Online-Rollout der elektronischen Gesundheitskarte über den Zugang zum Medizinstudium bis zu den Medizinischen Versorgungszentren (MVZ). Gerade bei letzterem Thema wurde deutlich, dass Ärzte und Zahnärzte an einem Strang ziehen. KVB und KZVB lehnen eine „Industrialisierung der Versorgung“ ab. Vor allem den Einstieg internationaler Investoren in die Praxislandschaft sehen sie äußerst kritisch. „Wir wollen, dass zahnmedizinische MVZ ausschließlich von Zahnärzten betrieben werden dürfen“, so KZVB-Chef Christian Berger. Sein Kollege von der KVB,



KZVB-Chef Christian Berger (l.) und KVB-Chef Dr. Wolfgang Krombholz stellten sich beim Münchner Merkur den Fragen der Redaktion.

Dr. Wolfgang Krombholz, warnte vor einer marktbeherrschenden Stellung großer Praxisketten. Beide Körperschaften verwiesen darauf, dass sich große MVZ vor allem in den städtischen Ballungsräumen niederließen. Die Versorgung im ländlichen Raum werde dadurch nicht verbessert. Die Selbstverwaltung richtete deshalb den dringenden Appell an den Gesetzgeber, die rechtlichen Rahmenbedingungen für MVZ zu verschärfen.

Berger im BR

Diese Forderung konnte Berger auch in einem Interview mit dem Bayerischen Fernsehen platzieren. Es wurde im Magazin „quer“ ausgestrahlt, das mit einer Einschaltquote von bis zu 15 Prozent eine der reichweitenstärksten Informationssendungen des BR ist.

Mit ihrer intensiven Öffentlichkeitsarbeit versuchen die Körperschaften, Einfluss auf das Gesetzgebungsverfahren für das Terminservice- und Versorgungsgesetz zu nehmen. Es soll bis März 2019 vom Bundestag verabschiedet werden und böte die Möglichkeit, der Kettenbildung in der Medizin und Zahnmedizin einen Riegel vorzuschieben. Dass die Selbstverwaltung nicht auf verlorenem Posten steht, zeigt auch ein Appell des Bundesrats: „Der Bundesrat bittet im weiteren Gesetzgebungsverfahren um geeignete Regelungen (...), schädlichen Monopolisierungstendenzen in der vertragsärztlichen Versorgung durch MVZ wirksam zu begegnen.“



Dem Bayerischen Fernsehen gab Berger ein Interview zum Thema „Medizinische Versorgungszentren“.